

## Offizielle Kontakte zwischen der DDR und Polen in der Grenzregion

Nach der Entstehung der DDR und der Volksrepublik Polen wurden die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn neu gestaltet. Polen nahm als einer der ersten Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Von Anfang an spielte die Frage der Grenze an der Oder und Neiße eine sehr wichtige Rolle in den gegenseitigen Beziehungen. Einer der ersten internationalen Verträge, der von der DDR unterzeichnet wurde, war der Vertrag über die Markierung der „festgelegten und bestehenden polnisch-deutschen Staatsgrenze“ in Görlitz/Zgorzelec.<sup>1</sup> Dann, am 27. Januar 1951, wurde die Grenze in einem Staatsakt in Frankfurt an der Oder delimitiert. Dieses Dokument wurde als Nachtrag zum Vertrag von 1950 aufgrund von Vereinbarungen einer gemischten Kommission unterschrieben.<sup>2</sup> Nicht alle DDR-Bürger begrüßten den Görlitzer Vertrag mit Freude, was besonders in den Krisensituationen - sowohl in der DDR als auch in den gegenseitigen Beziehungen - sichtbar wurde.<sup>3</sup>

Trotz der „zwangsverordneten Freundschaft“<sup>4</sup> zwischen den Gesellschaften der DDR und Polen und trotz der offiziellen Bezeichnung der Grenze als „Freundschaftsgrenze“, gehörte sie zu einer der bestgesicherten Grenzen Europas, welche überwiegend nur offizielle Delegationen überschreiten durften.<sup>5</sup>

Eine neue Ära in den gegenseitigen Beziehungen begann in den 1970er Jahren. In beiden Ländern kam es zu einem Wechsel an der Staatsspitze. Die beiden neuen Staatsschefs Edward Gierek und Erich Honecker entschlossen sich am 25. November 1971, die Grenze zwischen der DDR und Polen für den pass- und visafreien Rei-

---

1 Vgl. Układ zgorzelecki, hrsg. von Antoni Czubiński, Lublin 1980.

2 Józef Fiszer, *Geneza i rozwój NRD w latach 1949–1960*, Warszawa 1990, 380 ff; Mieczysław Tomala, *Zachodnia granica Polski po II wojnie światowej*, Warszawa 2002, 28 ff.

3 Krzysztof Ruchniewicz, *Warszawa-Berlin-Bonn. Stosunki polityczne 1949–1958*, Wrocław 2003, 128 ff.

4 Ludwig Mehlhorn, *Die Polenpolitik der DDR. Zwangsfreundschaft oder Partnerschaft*, in: Friedbert Pflüger, Winfried Lipscher (Hrsg.), *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Bonn 1993, 223 ff; Ludwig Mehlhorn, *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, in: Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hrsg.), *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?*, Opladen 2001, 61 ff.

5 Krzysztof Ruchniewicz, *Kształtowanie niemieckiej opinii publicznej na podstawie sprawozdań z pobytu w Polsce w latach pięćdziesiątych*, in: *Rocznik Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego* (2003) 1, 120 ff.

severkehr zu öffnen. Der Schritt, der in den Staaten des Ostblocks<sup>6</sup> beispiellos war, wurde offiziell mit der Bestrebung nach „Vertiefung der freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“ und der Entwicklung von Bedingungen, die es erlaubten, „die Leistungen des sozialistischen Bauwesens, Geschichte, Kultur und Naturschönheit des anderen Landes“<sup>7</sup> kennen zu lernen, begründet. Die Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs war ein bedeutendes Zeichen des Kurses der polnisch-ostdeutschen Entspannungspolitik, die eng mit der weltpolitischen Entspannungspolitik verbunden war. In beiden Parteiführungen spielten dabei die innenpolitischen, partikulären Interessen eine entscheidende Rolle. Die SED-Führung versuchte die Spannung im eigenen Land zu lockern, indem sie die Hoffnung der DDR-Bürger, nach Westen (in die Bundesrepublik) reisen zu können, aufgriffen.<sup>8</sup> Die Möglichkeit der Reisen nach Osten hatte daher eine wichtige, psychologische Wirkung. Für die PVAP-Führung bedeutete dagegen der freie Reiseverkehr eine Verringerung des Druckes auf den polnischen Binnenmarkt durch die Ausnutzung des ostdeutschen Marktes.<sup>9</sup> Darüber hinaus können noch persönliche Ambitionen von Edward Gierk und Erich Honecker genannt werden<sup>10</sup>: sie beabsichtigten, auf die spektakulären Leistungen der neuen Machtteams in beiden Ländern aufmerksam zu machen. Es war aber auch eine risikoreiche und propagandistische Entscheidung, deren Umsetzung kaum vorbereitet war und erhebliche Probleme, wie z. B. die Unangepasstheit der touristischen Infrastruktur, Preisunterschiede aber auch gesellschaftlich-politische Konflikte<sup>11</sup> an den Tag brachte.

Ab dem 1. Januar 1972 wurde die Grenze geöffnet und Jahr für Jahr überschritten sie Millionen von DDR-Bewohnern und Polen in beide Richtungen. Zwischen den Bürgern beider Länder kam es zur größten Annäherung in den gegenseitigen Beziehungen. Die vielfältigen, privaten und persönlichen Kontakte zwischen DDR- und VRP-Bürgern wurden zum ersten Mal zumindest teilweise freier. Sie waren nicht mehr so streng von den entsprechenden Behörden kontrolliert, weil die Staatssicherheitsdienste – wegen des Umfangs der Kontakte – nicht mehr die Möglichkeit dazu hatten. In den deutsch-polnischen Beziehungen gab es noch nie zuvor quantitativ vergleichbare Kontakte zwischen Polen und Deutschen.

6 Erst später, am 15. Januar 1972, wurde auch die Grenze zwischen der DDR und Tschechoslowakei und am 2. April 1972 zwischen der DDR und Rumänien für den freien Reiseverkehr geöffnet, vgl. Hans Georg Lehmann, *Deutschland-Chronik 1945 bis 1995*, Bonn 1996, 253.

7 Zit. nach. Umowa między Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej a Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej o wzajemnych podróżach obywateli obu Państw, in: *Polska-NRD 1970–1981. Dokumenty i materiały*, Warszawa 1983, 96–100.

8 Die Hoffnungen waren besonders nach den deutsch-deutschen Verhandlungen 1972 in der Gesellschaft der DDR lebendig.

9 Vgl. Kazimierz Wasiak, *Wpływ otwartej granicy pomiędzy Polską a NRD na przebieg procesów internationalizacyjnych*, Szczecin 1985, 60–61.

10 Vgl. Czesław Osękowski, *Otwarta granica pomiędzy NRD i polską w latach siedemdziesiątych. Wymiar polityczny, gospodarczy i społeczny*, in: Basil Kerski, Andrzej Kotula, Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), *Przyjaźń nakazana? Stosunki między NRD i Polską w latach 1949–1990*, Szczecin 2003, 134.

11 Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 134.

Die Entscheidung der DDR- und VRP-Führer hatte eine besondere Bedeutung für die Bevölkerung der Grenzregion und für die weitere Entwicklung dieses Gebietes, das nun an Attraktivität gewonnen hatte. Die seit dem Zweiten Weltkrieg vernachlässigte und verwüstete neue polnische Region, erhielt staatliche Hilfe und Investitionen für die Reparatur und Entwicklung ihrer Infrastruktur. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre kamen hochqualifizierte Arbeitskräfte in die Grenzstädte, die Wirtschaft und Bauindustrie blühten, die Kultur und vor allem die Touristik entwickelten sich sehr gut. Die Bevölkerung der Grenzregion konnte darüber hinaus die wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktur, wie auch die des Handelsmarktes des Nachbarlandes nutzen und an der besseren Versorgung mit Lebensmitteln und Industriegütern partizipieren.<sup>12</sup>

Die offene Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen bestand bis zum Herbst 1980, wobei dieser Zeitraum sich in zwei unterschiedliche Etappen unterteilt. In der ersten Phase, die bis 1975/1976 dauerte, entwickelte sich der Reiseverkehr sehr gut und brachte positive Effekte. Die Regierungen entwickelten neue Initiativen. Um die Probleme des massenhaften Personenreiseverkehrs zwischen beiden Ländern zu lösen, wurde am 23. Februar 1973 in Berlin der Vertrag zwischen beiden Regierungen über die Zusammenarbeit im Tourismusbereich unterzeichnet. Zu den wichtigsten Fragen, die in diesem Vertrag angesprochen wurden, gehörte das Programm zum Ausbau der bestehenden und zum Bau neuer Grenzübergänge. Insgesamt wurden in den siebziger Jahren an der Westgrenze zwanzig neue Grenzübergänge geöffnet.<sup>13</sup>

Im Juni 1973 wurde die Erklärung über die Festigung der Freundschaft und die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Polen und der DDR unterzeichnet. Der Vertrag war u.a. auch als Versuch der zentralen Regelungen der Zusammenarbeit zwischen Behörden, Institutionen und Organisationen im Bereich des Reiseverkehrs sowie der Kontakte der Bürger beider Länder, gedacht. Eine unmittelbare Folge der politischen Entscheidungen vom Juni 1973 war die Einberufung der Zweiseitigen Regierungskommission. Zu den Ergebnissen der Tätigkeit der Kommission gehörte das Programm der umfassenden Zusammenarbeit im Bereich der Infrastrukturentwicklung in beiden Ländern. Das Programm sollte – laut Vertrag – der Erfüllung von Aufgaben dienen, die in der Erklärung über die Festigung der Freundschaft und die Vertiefung der Zusammenarbeit vereinbart worden waren.<sup>14</sup> Es sah unter anderem folgende Fragen vor: „im Interesse der Bevölkerung“ sollten das bestehende Potential und die Ressourcen beider Länder in der Grenzregion – je nach dem Entwicklungsstand der Zusammenarbeit – genutzt werden; die Zusammenarbeit in Bildung, Kultur, Sport, Tourismus, Gesundheitswesen und anderen Bereichen sollte entwickelt und die zwischenmenschlichen Beziehungen weiter vertieft werden.<sup>15</sup>

---

12 Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 135.

13 Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 136.

14 Załącznik do ustawy nr 2 do uchwały Rady Ministrów z 27 IX 1974 r., in: *Polska-NRD 1970–1981* (wie Anm. 7) 237–238.

15 Ebenda.

Abgesehen von der propagandistischen, ideologischen Phraseologie hatte das Programm eine besondere Bedeutung für die Grenzregion. Auf polnischer Seite betraf es die Woiwodschaften Szczecin, Zielona Góra und Wrocław und auf deutscher die Bezirke Rostock, Neubrandenburg, Frankfurt (Oder), Cottbus und Dresden.<sup>16</sup> Die grenznahen Regionen erlangten einige Befugnisse im Bereich der Regelungen der polnischen Arbeiter in der DDR, des Austausches von Warenüberschüssen, des Austausches von Dienstleistungen und der Wasser-, Gas- und Stromversorgung aus dem Nachbarland.<sup>17</sup>

In der ersten Etappe entwickelten sich besonders verschiedene Kontakte und Partnerschaften zwischen polnischen und ostdeutschen Städten, Institutionen und Betrieben.<sup>18</sup> In den Jahren 1972–74 nahmen etwa 900 Wirtschaftsbetriebe eine Zusammenarbeit in der Grenzregion auf.<sup>19</sup> Neben dem Tourismus gab es im Bereich der Kultur die lebendigsten Kontakte zwischen Polen und der DDR in den siebziger Jahren.<sup>20</sup> Es bildeten sich verschiedene Formen der Kooperation heraus, von denen viele – mit Stillstandperioden – das Jahr 1990 überdauerten.<sup>21</sup> Die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, aber auch der Bildung und des Sports, fand jedoch vor allem in den größten Städten, besonders in Woiwodschafts- und Bezirkshauptstädten sowie Grenzstädten statt. Der Anteil der Kleinstädte und Dörfer an dieser Kooperation war im Gegensatz dazu gering.<sup>22</sup> In den Jahren 1972–1975 stieg auch die Zahl der polnischen Arbeiter in der DDR systematisch an. Die Höchstzahl in diesem Zeitraum lag bei etwa 10 000. Die polnischen Arbeiter waren besonders in den Industriebezirken Dresden, Guben, Frankfurt an der Oder und Görlitz<sup>23</sup> tätig.

In dieser Periode entwickelten sich vor allem die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgern beider Länder. Es kam zu ersten Freundschaften, gegenseitigen Besuchen und sogar zu ersten gemischten Ehen, deren Zahl etwa 10 000 betrug.<sup>24</sup> Besonders privilegiert im Bereich der gegenseitigen zwischenmenschlichen Kontakte war auch die Grenzregion. Der „kleine Grenzverkehr“ dominierte und betrug etwa 40 Prozent des gesamten Reiseverkehrs an der polnischen Westgrenze.<sup>25</sup>

Die allmähliche Verschlechterung der Beziehungen begann 1975, als die politische Krise in Polen und die wirtschaftliche Krise in beiden Ländern immer deutlicher wurde. Die Probleme und Mängel im Bereich der wirtschaftlich-touristischen Infrastruktur verursachten ernste Konflikte. Es kam zu Restriktionen, zu denen

16 Lesław Koćwin, *Polityczne determinanty polsko-wschodniemieckich stosunków przygranicznych 1949–1990*, Wrocław 1993, 136; Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 139.

17 Koćwin, *Polityczne determinanty* (wie Anm. 16) 137.

18 Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 141.

19 Koćwin, *Polityczne determinanty* (wie Anm. 16) 111 ff.

20 Wasiak, *Wpływ* (wie Anm. 9) 159 ff.

21 Osękowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 141.

22 Ebenda.

23 Vgl. Ebenda; Czesław Osękowski, Hieronim Szczegóła, *Pogranicze polsko-niemieckie w okresie transformacji (1989–1997)*, Zielona Góra 1999, 38.

24 Wasiak, *Wpływ* (wie Anm. 9) 150–151; vgl. Egon Richter: *Dziesięć oblicz Szczecina*, Gdańsk 1975.

25 Wasiak, *Wpływ* (wie Anm. 9) 86.

zahlreiche Zoll-, Kauf- und Quartierbeschränkungen gehörten<sup>26</sup> und die besonders gegen polnische Touristen gerichtet waren. Die Haltung der DDR-Bewohner gegenüber Polen war schlechter, besonders in den grenznahen Orten, in denen polnische Touristen als Konkurrenten durch den Kauf der knappen Waren angesehen wurden. Auf beiden Seiten wurden alte Vorurteile immer häufiger formuliert und artikuliert.

Von großer Relevanz war die Gebietsverwaltungsreform in Polen (1975), die neue kleine Woiwodschaften gestaltete und die Landkreise abgeschafft hatte. Die Reform verursachte neue Probleme in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Viele Verbindungen zwischen polnischen Woiwodschaften und DDR-Bezirken wurden daher abgebrochen oder zumindest unterbrochen.

Die offene Grenze zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR hatte lange Zeit großes Interesse hervorgerufen. Mit der Zeit veränderte sich jedoch ihre Rolle und ihre Bedeutung für die offiziellen Beziehungen: wurde die offene Grenze 1972 noch als „bedeutendes“ oder sogar „historisches Ereignis“ bezeichnet, so verwendete man Ende der siebziger Jahre lediglich den Begriff „Experiment“.

In der DDR verfolgte man die politischen Ereignisse in Polen der Jahre 1980–1981 und die Gründung der Freiheitsbewegung *Solidarność* mit Unruhe und Argwohn. Die politische Krise beim Nachbarn gefährdete – wie man annahm – die Stabilität und Festigkeit des sozialistischen Lagers und somit die der DDR. Die Staatsmacht der DDR versuchte mit allen Mitteln den „*Solidarność*-Virus“<sup>27</sup> außer Landes zu halten. Deswegen betrieb die SED-Führung eine Isolierungspolitik gegenüber Polen; bei der die DDR-Bürger u.a. von den Informationen aus und über Polen abgeschnitten wurden. Um die unkontrollierten Kontakte zwischen DDR-Bürgern und Polen zu unterbinden, kündigte die ostdeutsche Regierung am 30. Oktober 1980 einseitig den pass- und visafreien Reiseverkehr.<sup>28</sup>

Für Privatreisen zwischen beiden Ländern wurde offiziell eine von der Volkspolizei bestätigte Einladung des im anderen Staat lebenden Gastgebers gefordert. Praktisch aber wurde die Grenze für Privatreisen gesperrt, was der eigentlichen Intention Erich Honeckers entsprach.<sup>29</sup> Die polnische Seite führte hingegen keine Beschränkungen ein: die DDR-Bürger konnten weiterhin nur mit ihrem Personalausweis nach Polen kommen. Die ostdeutschen Grenzorgane verlangten dagegen von ihren

26 Osekowski, *Otwarta granica* (wie Anm. 10) 138.

27 Man hat offiziell den Begriff „*Solidarność*-Virus“ oder „*Solidarność*-Bazillus“ benutzt, vgl. Dariusz Wojtaszyn, *Obraz Polski i Polaków w prasie i literaturze Niemieckiej Republiki Demokratycznej w okresie powstania Solidarności i stanu wojennego*, Wrocław 2007, 57.

28 Zu den zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, vgl. Neues Deutschland, 29.10.1980, 2; im Bericht der polnischen Presseagentur PAP betonte man, dass es einseitiger Beschluss der DDR war, vgl. *Komunikat Polskiej Agencji Prasowej o modyfikacji na okres przejściowy trybu regulacji ruchu turystycznego między Polską a NRD*, in: *Polska-NRD 1970–1981* (wie Anm. 7) 385.

29 Vgl. Vermerk über ein Telefongespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Genossen Stanisław Kania, am 24.10.1980, in: Michael Kubina, Manfred Wilke (Hrsg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/1981. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995, 91–96

Bürgern polizeiliche Genehmigungen für die Einreise nach Polen. Alle Kontakte – nicht nur Privatkontakte zwischen Bürgern beider Länder – sondern auch alle offiziellen Kontakte zwischen Städten, Betrieben und Organisationen, die in der Zeit der offenen Grenze aufgenommen wurden, wurden damit unterbrochen.

Die SED-Führung gehörte zu den entschiedenen Befürwortern einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes in Polen.<sup>30</sup> Erich Honecker sah die militärische Gewalt als bestes Mittel an, mit dem der polnischen Demokratiebewegung begegnet werden sollte. Die politische Elite und die Streitkräfte der DDR wurden auf die mögliche Intervention vorbereitet. Die Grenztruppen wurden sogar in erhöhte Bereitschaft versetzt und die Grenze zwischen der DDR und Polen bekam den gleichen Status der Absicherung, den zuvor nur die deutsch-deutsche Grenze besaß.<sup>31</sup> Die entsprechenden Befehle, die in Vorbereitung auf eine eventuelle Zuspitzung der Lage in Polen im Dezember 1980 eingeleitet waren, wurden erst im April 1982 aufgehoben.<sup>32</sup>

Die Verhängung des Kriegszustands in Polen in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember 1981 rief in der DDR ein großes Interesse hervor. Die neue Situation in Polen, die sich im Einklang mit den Erwartungen der SED entwickelte, bewirkte einen völligen Verzicht auf die bisher angewandten Propagandastrategien und Indoktrinierungsmechanismen. Die antipolnischen Stereotype verschwanden auf einmal aus dem offiziellen Polen-Diskurs.<sup>33</sup> Man kehrte nun zur alten Rhetorik zurück, Polen war wieder ein „Bruderland“ und die polnische Nation ein „Brudervolk“.

Eine große Rolle spielte dann auch die Hilfsaktion für die Volksrepublik Polen, mit der die Regierung für eine entsprechende Stimmung, d.h. Mitgefühl und Verständnis für die polnische Gesellschaft, sorgen wollten.<sup>34</sup> Die Idee der Hilfsaktion war durch die Regierung „von oben“ vorbereitet. Die Hilfsaktion wurde am 15. Dezember 1981 auf der Sitzung des Politbüros der SED diskutiert.<sup>35</sup> Mit der Aktion beschäftigte

30 Vgl. z. B. Brief Erich Honecker an Leonid Brežnev vom 26. November 1980, in: Kubina/Wilke, „Hart und kompromißlos durchgreifen“ (wie Anm. 29) 122; Stenografische Niederschrift des Treffens führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Dezember 1980 in Moskau, in: Ebenda, 166; Äußerungen der Genossen Erich Honecker und Stanisław Kania während der Fahrt am 17. Februar 1981 nach und von Hubertusstock, in: Ebenda, 223; Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, anlässlich seines Aufenthaltes in Kuba mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas und Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba Fidel Castro, am 13. September 1981 in Havanna, in: Ebenda, 340–342.

31 Kubina/Wilke, „Hart und kompromißlos durchgreifen“ (wie Anm. 29) 46.

32 Befehl Nr. 118/80 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Ausbildungsmaßnahme der Vereinten Streitkräfte vom 06.12.1980, in: Ebenda, 197–200; Aktennotiz für den Minister für Nationale Verteidigung, in: Ebenda, 395.

33 Wojtaszyn, *Obraz* (wie Anm. 27) 141.

34 Vgl. Dariusz Wojtaszyn, *Akcja pomocy NRD dla Polski po ogłoszeniu stanu wojennego-odruch serca czy przedsięwzięcie propagandowe?*, in: Basil Kerski/ Andrzej Kotula/ Krzysztof Ruchniewicz/ Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), *Przyjaźń nakazana? Stosunki między NRD i Polską w latach 1949–1990*, Wrocław 2009, 173 ff.

35 Ebenda, S. 174; vgl. Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA) ZPA, J IV 2/2–1925, Bl. 3.

sich auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In einem Befehl von Erich Mielke vom 17. Dezember hieß es:

„Es ist zu prüfen, welche Unterstützung den polnischen Partnerbezirken gewährt werden kann, indem aus bezirklichen Fonds Überplanbestände, wie Kinderbekleidung, Kinderschuhwerk oder auch einige Lebensmittel, als Soforthilfe und Ausdruck des Beistands in dieser schweren Situation zur Verfügung gestellt werden können. In den Bezirken mit der Staatsgrenze zur VR Polen sind die örtlichen Möglichkeiten zu überprüfen und zu nutzen, um die Versorgung in den grenznahen Städten, wie Słubice, Gubin usw. unmittelbar zu unterstützen (z. B. Milch für die Versorgung der Kinder o.ä.).“<sup>36</sup>

Offiziell wurde der Aufruf zur „Hilfe für Volksrepublik Polen“ am 18. Dezember bekannt gegeben.<sup>37</sup> Mit der Organisation der Aktion sollten sich die regionalen Leitungen von SED und FDJ beschäftigen. Die Funktionäre der SED in den Regionen sollten nicht nur die Idee und Organisation des Unternehmens unterstützen, sondern auch ihre Durchführung und den Transport „streng kontrollieren“.<sup>38</sup>

Die Mehrheit der DDR-Bürger beteiligte sich mehr oder weniger wohlwollend an diesen Hilfslieferungen.<sup>39</sup> Die LKW-Konvois aus Berlin und anderen Städten kamen auf dem Weg zu ihren Partnerstädten, z. B. aus Cottbus nach Zielona Góra, aus Erfurt nach Kalisz, aus Magdeburg nach Radom, aus Gera nach Skierniewice, aus Güstrow nach Piła, aus Neubrandenburg nach Koszalin. Große LKW-Kolonnen kamen auch aus Potsdam, Leipzig und Dresden nach Polen.<sup>40</sup> Trotz des propagandistischen Charakters der Hilfsaktion wurde sie sowohl in der polnischen, als auch in der ostdeutschen Gesellschaft positiv bewertet.

Bald aber kam es zu anderen Ereignissen, die die Verhältnisse zwischen der DDR und Polen schwer belasteten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre (1985–1989) brach der Konflikt in der Pommerschen Bucht aus. Der Konflikt wurde durch die einseitige Entscheidung der DDR-Regierung am 01. Januar 1985 ausgelöst, die – sich auf die Beschlüsse des Frankfurter Aktes von 1951 berufend – die Grenze der ostdeutschen Territorialgewässer eigenmächtig erweitert hatte.<sup>41</sup> Somit gerieten lebenswichtige Elemente der Infrastruktur (Fahrrinnen und Ankerplätze) des Hafenkompleses Swinemünde-Stettin (Zespół Portów Szczecin-Świnoujście – ZPS-Ś) in

36 Wojtaszyn, *Akcja* (wie Anm. 34) 175; vgl. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) MfS BdL/Dok. 5407, S. 2.

37 *Hilfe für Kinder Volkspolens*, *Neue Zeit*, 18.12.1981, 1; *Aufruf zur Hilfe für VR Polen*, *Sächsisches Tageblatt*, 18.12.1981, 1; vgl. Wojtaszyn: *Obraz* (wie Anm. 27) 148 ff.

38 BStU MfS BdL/Dok. 5407, S. 2.

39 Burkhard Olschowsky, *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989*, Osnabrück 2005, 127.

40 *Lastwagenkolonnen wurden am Grenzübergang begrüßt*, *Neues Deutschland*, 19./20.12.1981, 8.

41 Włodzimierz Kalicki, *Awantura o lewy brzeg*, in: Włodzimierz Kalicki, *Ostatni jeniec wielkiej wojny. Polacy i Niemcy po 1945 roku*, Warszawa 2002, 96 ff.

ostdeutsche Hand<sup>42</sup>, was die polnische Seite nicht akzeptieren wollte und konnte. Es kam also zum ersten öffentlichen und offiziellen territorialen Streit zwischen zwei sozialistischen Staaten.

Zu den wichtigsten Gründen des Konflikts gehörten sowohl die politischen, als auch wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die *Solidarność*-Ära und der Kriegszustand in Polen hatten Polen politisch und wirtschaftlich geschwächt. Sowohl die internationale Position Polens als auch seine Stellung innerhalb des Ostblocks sind erheblich gesunken. Darum wollte die SED-Führung diese Lage des östlichen Nachbarn ausnutzen und die Rolle Polens im sowjetischen Machtbereich übernehmen, im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Erweiterung der Territorialgewässer sollte zur Monopolisierung des internationalen Meerstransits in der südwestlichen Ostsee von den ostdeutschen Häfen aus führen.<sup>43</sup>

In den Jahren 1985–1988 spielten sich in der Pommerschen Bucht dramatische Ereignisse ab. Schon am Anfang des Konflikts, in der Segelsaison 1985 mehrten sich dort etwa 180 Zwischenfälle.<sup>44</sup> Zunächst verursachten DDR-Kriegsschiffe Schäden an den polnischen Schiffen und Yachten und bedrohten manchmal die Schifffahrtssicherheit. Zur Eskalation der Angriffe der DDR-Kriegsflotte kam es 1986, als einige polnische Sportjachten gerammt wurden. Ähnliche Angriffe gab es auf Handelsschiffe in der Nähe von Świnoujście (Swinemünde). Seit 1985 versuchten die DDR-Aufklärungsschiffe diejenigen Schiffe, die in Richtung Swinemünde unterwegs waren, am Benutzen der Fahrrinne zu hindern. Die Einheiten der DDR-Kriegsflotte forderten die vor der Hafeneinfahrt wartenden Schiffe auf, die Territorialgewässer der DDR zu verlassen.<sup>45</sup>

Gleichzeitig protestierten seit Beginn des Konflikts die polnischen Behörden gegen die Maßnahmen der DDR. Die heftigen polnischen Proteste hatten zur Folge, dass zwar Verhandlungsgespräche zwischen der DDR und Polen aufgenommen und während des Konflikts ununterbrochen geführt wurden, sie aber bis 1988 erfolglos blieben. Erst im Frühling 1988 kam es zu einer Wende in der DDR-Position und einem Fortschritt in den Verhandlungen.<sup>46</sup> Endlich, am 22. Mai 1989, wurde ein „Vertrag über die Grenze zwischen der VRP und der DDR in der Pommerschen Bucht“ unterzeichnet, der den offenen, vierjährigen Konflikt zwischen beiden Ländern beendete.

Der Konflikt war von großer Relevanz für die lokale Gemeinschaft der Woiwodschaft Szczecin. Die breite Bevölkerung war am Krisengeschehen beteiligt, was sich

42 Tomasz Ślepowroński, Konflikt w Zatoce Pomorskiej, in: Kerski/Kotula/Wóycicki, *Przyjaźń nakażana?* (wie Anm. 10) 87.

43 Ślepowroński, Konflikt (wie Anm. 42) 91–92; Tomasz Ślepowroński, *Geneza konfliktu między PRL a NRD w Zatoce Pomorskiej*, in: *Przegląd Zachodniopomorski* (2000) 3.

44 Ślepowroński, Konflikt (wie Anm. 42) 92.

45 Ślepowroński, Konflikt (wie Anm. 42) 92–93; Kalicki, *Awantura* (wie Anm. 41) 125 ff.

46 Ślepowroński, Konflikt (wie Anm. 42) 93–94; Kalicki, *Awantura* (wie Anm. 41) 145 ff.

im aktiven Engagement der Parteiführung, des Seeamtes in Szczecin, Journalisten, Wissenschaftlern und sogar der örtlichen Oppositionellen ausdrückte.<sup>47</sup>

Resümierend lässt sich festhalten, dass in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die drei ausgesprochenen Fragen: der offenen Grenze, der Solidarność-Ära mit ihren Folgen und der Konflikt in der Pommerschen Bucht die gegenseitigen Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen in der Grenzregion am stärksten beeinflussten. Man wird sagen können, dass es sich um eine Konfliktgeschichte handelt.

---

47 Tomasz Ślepowroński, Stanowisko elit politycznych i naukowych Pomorza Zachodniego wobec konfliktu między PRL a NRD w Zatoce Pomorskiej (1985–1989), in: Zapiski Historyczne (2000) 3/4.; ders., NRD kontra PRL. Stosunek mieszkańców Pomorza Zachodniego do konfliktu w Zatoce Pomorskiej (1985–1989), Biuletyn IPN (2005) 9–10.

Arbeitskopie